

NZZ Global Risk:

Neue Zürcher Zeitung

Macron im Realitätstest – liberale Revolution oder Herumflicken am alten System?

Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Eine vollständige Transformation

Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Graduelle Reformen zur Wahrung des Systems

Szenario 3

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Neuer Auftrieb für EU-feindliche Parteien



Nikos Tzermias, NZZ-Korrespondent in Paris
Donnerstag, 3. Mai 2018

Management-Summary

- 1** In seinem ersten Amtsjahr hat der französische Präsident Emmanuel Macron rund ein Dutzend wirtschaftlich relevanter Reformen in Kraft gesetzt oder in die Wege geleitet – von einer Modifikation des Arbeitsrechts über selektive Steuererleichterungen bis hin zu Reformen im Ausbildungswesen.
- 2** Der erst vierzigjährige Staatschef besticht durch einen ungestümen Tatendrang. Umstritten ist jedoch der Tiefgang der angestossenen Reformen, die bei näherem Hinsehen eher zaghaft wirken.
- 3** Selbst die weitherum gelobte Arbeitsrechtsreform entspricht bestenfalls kleineren Schritten in die richtige Richtung.
- 4** Seit der Wahl von Präsident Macron hat sich das reale Wirtschaftswachstum in Frankreich auf 2% beschleunigt. Die Aufhellung ist jedoch dem allgemeinen Aufschwung in der Weltwirtschaft zu danken.
- 5** Weitestgehend konjunkturell bedingt ist auch der Umstand, dass die öffentliche Neuverschuldung 2017 erstmals seit zehn Jahren wieder unter der Maastricht-Grenze von 3% des Bruttoinlandprodukts lag.
- 6** Präsident Macron ist bisher vor einer substanziellen Eindämmung der massiven, im EU-Vergleich rekordhohen Staatsquote zurückgeschreckt, obschon diese das Wachstumshindernis Nummer eins darstellen dürfte.
- 7** Es ist zu befürchten, dass Macron und seine Regierungsmannschaft nicht wirklich von dem in Frankreich traditionell stark verwurzelten Etatismus abweichen wollen.
- 8** Von Staatsgläubigkeit beseelt sind auch Macrons Vorschläge für eine Reform der Euro-Zone.
- 9** Die jüngste Streikwelle ist Ausdruck der schwierigen Reformierbarkeit Frankreichs, wo die meisten Bürger marktwirtschaftlichen Lösungen und auch der EU unentwegt skeptisch bis feindselig gegenüberstehen.
- 10** Macron umwirbt zwar ausländische Unternehmen und Investoren intensiv. Angesichts der fortbestehenden grossen Strukturprobleme sollten Unternehmen der Charmeoffensive jedoch mit kühlem Kopf begegnen.

Ausgangslage

Vor bald einem Jahr, am 14. Mai 2017, hat Emmanuel Macron das Amt des Präsidenten der Französischen Republik übernommen. Sein Sieg in den Präsidentschaftswahlen war alles andere als selbstverständlich und auch glücklichen Umständen zu danken. Der frühere Investmentbanker sowie Berater und Wirtschaftsminister des höchst unpopulären Präsidenten François Hollande wurde von den meisten Franzosen in der Stichwahl nur deshalb gewählt, um das grössere Übel, nämlich eine Machtübernahme durch die rechts-extreme Front-national-Chefin Marine Le Pen, zu verhindern. Zuerst wurde denn auch vielfach angenommen, dass der neue, damals erst 39-jährige Staatschef grosse Schwierigkeiten haben werde und die Strukturprobleme der zweitgrössten Wirtschaft der Euro-Zone erst recht nicht werde lösen können.

Gut einen Monat nach der Wahl zum Präsidenten konnte Macron dann aber mit seiner Partei La République en marche eine präzedenzlos grosse und absolute Mehrheit in der für die Gesetzgebung ausschlaggebenden Nationalversammlung erzielen – und zwar nicht nur dank dem Mehrheitswahlrecht oder aufgrund der katastrophalen Führungs- und Orientierungslosigkeit der linken und rechten Traditionsparteien.

Aussenpolitisch hat der ungestüme Präsident viele Akzente gesetzt, innen- und wirtschaftspolitisch wurden erste Schritte gesetzt

Der bisher jüngste Präsident der Französischen Republik bestach nämlich sogleich durch einen ungestümen Tatendrang. Mit prunkvollen Empfängen für die Amtskollegen Wladimir Putin und Donald Trump profilierte er sich als Staatschef, der auf dem internationalen Parkett wieder etwas zählt und den Mächtigen auf Augenhöhe begegnet. Eine Führungsrolle hat Macron auch etwa bei der Verteidigung des Pariser Klimavertrags oder bei der Verteidigung des Nuklearrabkommens mit Iran übernommen, wobei er auch die innenpolitischen Schwierigkeiten von Bundeskanzlerin Merkel auskosten konnte.

Eifrig ging Macron aber auch in der Wirtschafts- und in der Innenpolitik ans Werk. Schon im Sommer setzte er eine Arbeitsrechtsreform durch. Dann beschloss die Regierung selektive Steuersenkungen zur Ankurbelung der Investitionstätigkeit. Bereits rund ein Dutzend wirtschaftlich relevanter Reformschritte hat Macron laut einer Aufstellung der Wirtschaftszeitung «Les Echos» im ersten Amtsjahr unternommen.

- Reform des Arbeitsrechts
- Senkung Unternehmensgewinnsteuer von 33 auf 25 Prozent bis 2022
- Beschränkung Vermögenssteuer auf Immobilien
- Erhöhung der allgemeinen Sozialsteuer CSG zur Abschaffung der Sozialabgaben der Lohnempfänger
- Abschaffung der lokalen Wohnsteuer für 80 Prozent der Haushalte innert dreier Jahre
- Reform des Lehrlingswesens und der Berufsausbildung
- Ausweitung der Arbeitslosenversicherung
- Hochschulreform
- Maturitätsreform
- Neuerung des Zivilgesetzbuches betreffend Unternehmen
- Sanierung Staatsbahnen SNCF
- Erhöhung der Invaliden- und Mindestaltersrenten
- Ablösung des Ausnahmezustands durch neues Anti-Terrorgesetz
- Einführung einer neuen Quartierpolizei
- Halbierung der Klassengrösse in Schulen der Problemquartiere

Macron wird vor allem auch in den ausländischen Medien häufig als grosser Reformler gepriesen. Die Wochenzeitschrift «The Economist» feierte eine Regenerierung, einen Neubeginn. Das «Handelsblatt» stellte fest, dass «seit der Gründung der Fünften Republik noch kein Präsident das Land so energisch, rasant und gleichzeitig professionell wie der politische Quereinsteiger vorangetrieben» habe. Anerkennung als Macher, der sich um bessere Geschäftsbedingungen bemühe, findet Macron auch bei Firmenchefs, die der Präsident intensiv zu umgarnen versucht – etwa mit pompösen Empfängen im prächtigen Schloss Versailles. Die Beurteilung Macrons durch den Unternehmerverband (Medef) ist jedoch eher verhalten geblieben, und erst recht gilt solche Zurückhaltung für liberale Ökonomen, während die Gewerkschaften dem Staatschef einen zunehmend autoritären, neoliberalen Sozialabbau vorwerfen.

In Frankreich herrscht derzeit wieder grössere soziale Unrast. Nachdem die Arbeitsrechtsreform im letzten Herbst kaum grössere Proteste ausgelöst hat und von zwei der drei grossen Gewerkschaftsverbände gar als Kompromiss akzeptiert worden ist, haben sich nun fast alle Syndikate an den bereits seit einigen Wochen andauernden Streikaktionen bei den Staatsbahnen (SNCF) und bei Air France beteiligt. Für Studentenproteste sorgen die Pläne der Regierung, den Universitäten mehr Kompetenzen bei der Auswahl der neu eintretenden Hochschüler zuzugestehen. Macron und seine Minister haben immer wieder bekräftigt, dass sie dem Druck der Strasse nicht weichen würden. Entsprechend wurde die Vorlage zur Reform der SNCF kürzlich bereits in erster Lesung in der Nationalversammlung verabschiedet. Auch diese Auseinandersetzung mag den Eindruck gefördert haben, dass in Frankreich ein tiefgreifender Umbruch im Gange sei.



Szenario 1

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Eine vollständige Transformation

Frankreichs Präsident setzt mit seiner absoluten Mehrheit im Parlament ein radikales Programm zur Entfesselung der produktiven Kräfte der Wirtschaft durch.

Der Staatschef leitet insbesondere einen rigorosen Abbau der rekordhohen Staatsquote ein.

Dank den mutigen Reformen kann Macron die Partner der Euro-Zone zu einer starken wirtschaftspolitischen Integration ihrer Länder bewegen.



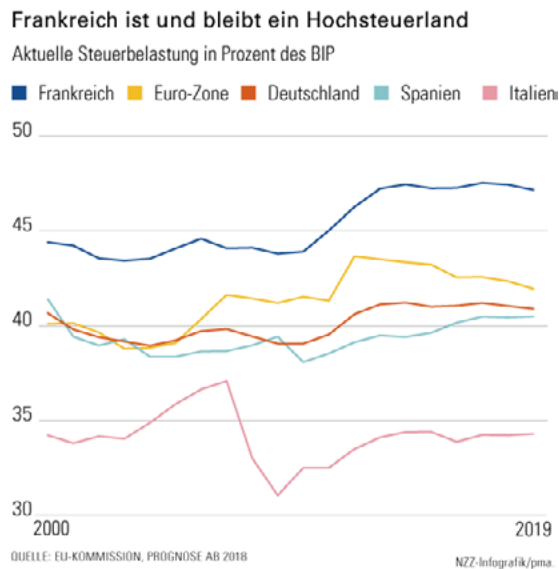
«Frankreich ist nicht reformierbar. Aber wir wollen das Land auch nicht reformieren, sondern komplett transformieren.» So lautet ein beliebtes Mantra des französischen Präsidenten Macron. Im Wahlkampf stellte er gar unbescheiden eine «révolution» in Aussicht. So lautete der Titel des Buches, in dem Macron darlegte, dass er die produktiven Kräfte des Landes möglichst freisetzen wolle. Ein Jahr lang hat Macron nun regiert und laut der Wirtschaftszeitung «Les Echos» rund ein Dutzend wirtschaftlich relevanter Reformen in Kraft gesetzt oder in die Wege geleitet. Die Massnahmen werden in den Medien und von linken Regierungskritikern oft als neoliberal charakterisiert. Dem Staatschef ist von linker Seite gar ein sozialer Staatsstreich unterstellt worden.

Macron hat bisher zwar etliche, doch beileibe noch nicht wirklich radikale Reformschritte unternommen. Selbst in ihrer Summe ergeben die Massnahmen nicht einmal ansatzweise eine «komplette Transformation». Vor allem schreckte Macron bisher vor einem rigorosen Abbau der im EU-Vergleich rekordhohen Staatsquote zurück. Unlängst hat die Regierung als Erfolg gefeiert, dass die staatliche Neuverschuldung 2017 erstmals seit zehn Jahren wieder unter die Maastricht-Grenze von 3% gedrückt werden konnte. Dieses Ergebnis war indes weitestgehend konjunkturell bedingt. Die Staatsausgaben stiegen ohne Zinskosten um 2,7% und damit fast so stark wie das nominelle BIP (+2,8%), so dass sich die Staatsausgabenquote nur unwesentlich, von 56,6 auf 56,5%, verringerte. Die Staatsschuldenquote

hat sich laut Daten der EU-Kommission zuletzt weiter der 100%-Marke angenähert und dürfte erst 2019 wieder sinken.

Zugleich erhöhten sich die Steuern und Abgaben von 44,6 auf 45,4%, und auch in diesem und den folgenden Jahren ist keine spürbare Reduktion der volkswirtschaftlichen Steuer- und Abgabenquote zu erwarten. Allein dem Konjunkturaufschwung ist es auch zu danken, dass sich das reale Wirtschaftswachstum in Frankreich 2017 auf 2% beschleunigte und die Arbeitslosenquote von 9,5 auf 8,9% fiel – dabei profitierte Frankreich erst noch weniger stark vom Konjunkturaufschwung als die meisten anderen EU-Staaten.

Die Regierung hat selektive fiskalische Erleichterungen beschlossen, doch werden diese durch die Erhöhung anderer Steuern, insbesondere durch die Anhebung der allgemeinen Sozialabgabe (CSG) um 1,7%, ausgeglichen. Die Regierung will die im internationalen Vergleich hohe Steuerlast für Unternehmen und Investoren reduzieren. Die Vermögenssteuer soll abgeschafft beziehungsweise auf Immobilienbesitz beschränkt werden. Die Kapitalrenditen (Kursgewinne, Dividenden und Zinsen) sollen nicht mehr der progressiven Einkommenssteuer unterworfen sein. Es wird ein Einheitssatz von 30% eingeführt. Der Schritt ist positiv, doch stellt er eigentlich nur eine Rückkehr zur Besteuerungspraxis vor der Amtszeit des sozialistischen Präsidenten Hollande dar, als ein Einheitssatz von 31,3% galt. Zudem liegt auch der neue Satz



deutlich über jenem in etlichen anderen europäischen Ländern. Dasselbe gilt für die Unternehmensgewinnsteuer von 33,3%, die nicht sofort, sondern schrittweise bis 2022 auf 25% gesenkt werden soll, gegenüber dem EU-Durchschnitt von 23%.

Bei ganz zentralen Wahlversprechen hat Macron noch keine «révolution» geschafft

Bei genauerer Betrachtung ist auch die Arbeitsrechtsreform, die immer wieder als besonders grosse Errungenschaft dargestellt wird, weit weniger weitreichend als ihr Ruf. Zwar wurde bei Entlassungen mehr Rechtssicherheit geschaffen, und bei der Beurteilung von Kündigungen soll nur noch die wirtschaftliche Situation in Frankreich ausschlaggebend sein, was ausländischen Konzernen entgegenkommt. Sonst wurde der rigide Kündigungsschutz kaum entschärft. Zerschlagen wurden auch die Hoffnungen der Unternehmerschaft auf eine spürbar flexiblere Anwendung zeitlich beschränkter Arbeitsverträge. Mehr Rechtssicherheit wurde durch Plafonds für die Entschädigung bei unrechtmässigen Entlassungen geschaffen. Die Obergrenze von 20 Monatssalären liegt jedoch deutlich über den 15 Monatssalären, die Schlichtungsgerichte bisher im Durchschnitt zugestanden haben. Zugleich wurden die obligatorischen Abfindungen bei regulären

Entlassungen, die weitaus am häufigsten sind, um 25% erhöht.

Fast vollständig verwässert wurde auch Macrons ursprüngliches Wahlversprechen, dass die effektiven Stundenpläne der Arbeitnehmer und deren Arbeitsläufe auf Betriebsebene ausgehandelt werden sollen. Am Ende setzten sich die Gewerkschaften mit der Forderung durch, dass Betriebsregelungen im Wesentlichen nur im Rahmen der mit den Gewerkschaften ausgehandelten Branchenregelungen möglich sind. Unangetastet blieb a priori auch das kostspielige gesetzliche Regime der 35-Stunden-Woche. Ferner brach Macron sein Wahlkampfversprechen, die teuren Überstunden von Sozialabgaben zu befreien.

In seinem Buch «Révolution» äusserte Macron einst die Vorstellung, Deutschland mit einem Modernisierungsprogramm für Frankreich und insbesondere mit einem mutigen Abbau der Staatsausgaben zu einer vertieften Integration der Euro-Zone mit einem eigenen hochdotierten Budget, einem Investitionsprogramm und einem Finanzminister bewegen zu können. Zugleich forderte Macron eine fiskalische und eine soziale Konvergenz. Offenkundig erfüllt jedoch Frankreich selber die von Macron genannten Voraussetzungen für eine enger verflochtene Euro-Zone noch längst nicht.

Fazit Szenario 1

Wenn es nicht zu einem Bruch mit dem bisherigen Reformtempo kommt, wird sich in Frankreich kein liberaler Big Bang ereignen. Der Reformkurs von Präsident Macron ist weit sanfter, als es seine eigene Rhetorik und die Vorwürfe der Gewerkschaften vermuten liessen. Erst recht illusorisch dürften deshalb auch die EU-Reformvorschläge Macrons sein. Um aber eine «vollständige Transformation» zu bewerkstelligen, wären deutliche Änderungen des Arbeitsrechts und der Arbeitszeiten sowie eine Reduktion der hohen Steuerbelastung nötig.



Szenario 2

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Graduelle Reformen zur Wahrung des Systems

**Für Präsident Macron ist das herkömmliche
französische Wirtschaftsmodell weiterhin ein Vorbild.**

**Der neue Staatschef will das bisherige stark etatistisch
geprägte System mit seinen Reformen nur stärken und
keineswegs abschaffen.**

**Macron verfolgt auf dem internationalen Parkett auch
eine protektionistische Politik.**

«Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles ändert.» Das Zitat stammt nicht von Präsident Macron, sondern aus dem Roman «Der Leopard» des sizilianischen Schriftstellers Giuseppe Tomasi di Lampedusa. Allerdings erinnert Macrons Aktivismus insofern an diesen Spruch, als er nicht auf eine vollständige Transformation, sondern letztlich nur auf eine Ausbesserung und eine Revitalisierung des alten Systems abzielt. Der Staatschef hat nicht die Absicht, sich vom in Frankreich traditionellen Etatismus und vom zentralistischen Präsidialsystem zu verabschieden, das der ebenfalls dirigistisch gesinnte Präsident Charles de Gaulle nach dem Krieg einführte. Macron, der wie Premierminister Edouard Philippe und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire die elitäre Kadernschmiede für den Staatsdienst ENA absolvierte, will das französische Sozialmodell nur effizienter gestalten und dadurch retten. Der Präsident hat sich bezeichnenderweise selber auch nie als liberaler Reformist bezeichnet. Er stellt sich vielmehr gerne als sachkundiger Problemlöser dar, der politisch weder links noch rechts steht.

Was für ein starker Systembewahrer Macron ist, belegen bereits seine vergleichsweise bescheidenen Ziele zum Abbau der überbordenden Staatsquote und zur Reduktion des massiven Beamtenapparats mit gut 5,5 Mio. Angestellten. Während die bürgerlich-konservativen Präsidentschaftsbewerber und früheren Premierminister François Fillon und Alain Juppé Einsparungen von bis zu 100 Mrd. € innert fünf Jahren propagierten, um die Staatsquote von fast 57 auf

mindestens 50% des BIP zu drücken, begnügte sich Macron mit einem Schnitt von 60 Mrd. € beziehungsweise 3 Prozentpunkten. Zudem stellte er bloss den Abbau von 120 000 Stellen im öffentlichen Dienst in Aussicht, während Fillon rund 500 000 und Juppé 250 000 bis 300 000 Posten streichen wollte, dies unter Ausnutzung des natürlichen Abgangs. Die Zahl der französischen Staatsbeamten liesse sich bei einem Einstellungstopp um jährlich 440 000 Angestellte senken. Doch selbst das überschaubare Ziel eines nicht einmal 0,5-prozentigen jährlichen Personalabbaus im öffentlichen Dienst droht Macron zu verfehlen: Für 2018 sieht das Budget seiner Regierung nur gerade den Abbau von 1600 Beamtenstellen vor.

Symptomatisch für den mangelhaften Reformelan der Regierung beziehungsweise eine im Land weiterhin stark verbreitete Reformscheu ist der unverhältnismässig grosse Lärm um die Minireform im hochverschuldeten staatlichen Eisenbahnsektor. Die Regierung hatte von Anfang an selbst die auch nur partielle Privatisierung der Staatsbahnen wie auch die Schliessung unrentabler Eisenbahnverbindungen ausgeschlossen. Zudem beteuerte Premierminister Philippe, dass nur bei Neueinstellungen das ziemlich kostspielige Eisenbahnerstatut nicht mehr angewandt werde. Mithin will die Regierung genauso behutsam vorgehen wie einst bei der graduellen Eliminierung ähnlicher Sonderstatuten bei der staatlichen Post oder bei France Télécom. Auch reagiert Macron bloss auf die EU-weit längst vereinbarte Liberalisierung des nationalen und des regionalen Schienenverkehrs für Personen. Zur Rettung der



öffentlichen Bahnbetriebe hat die Regierung zudem nicht nur die Übernahme zumindest eines Großteils der Schulden versprochen, sondern sie versucht auch, die Liberalisierung, die 2020 beginnen müsste, möglichst lange hinauszuschieben.

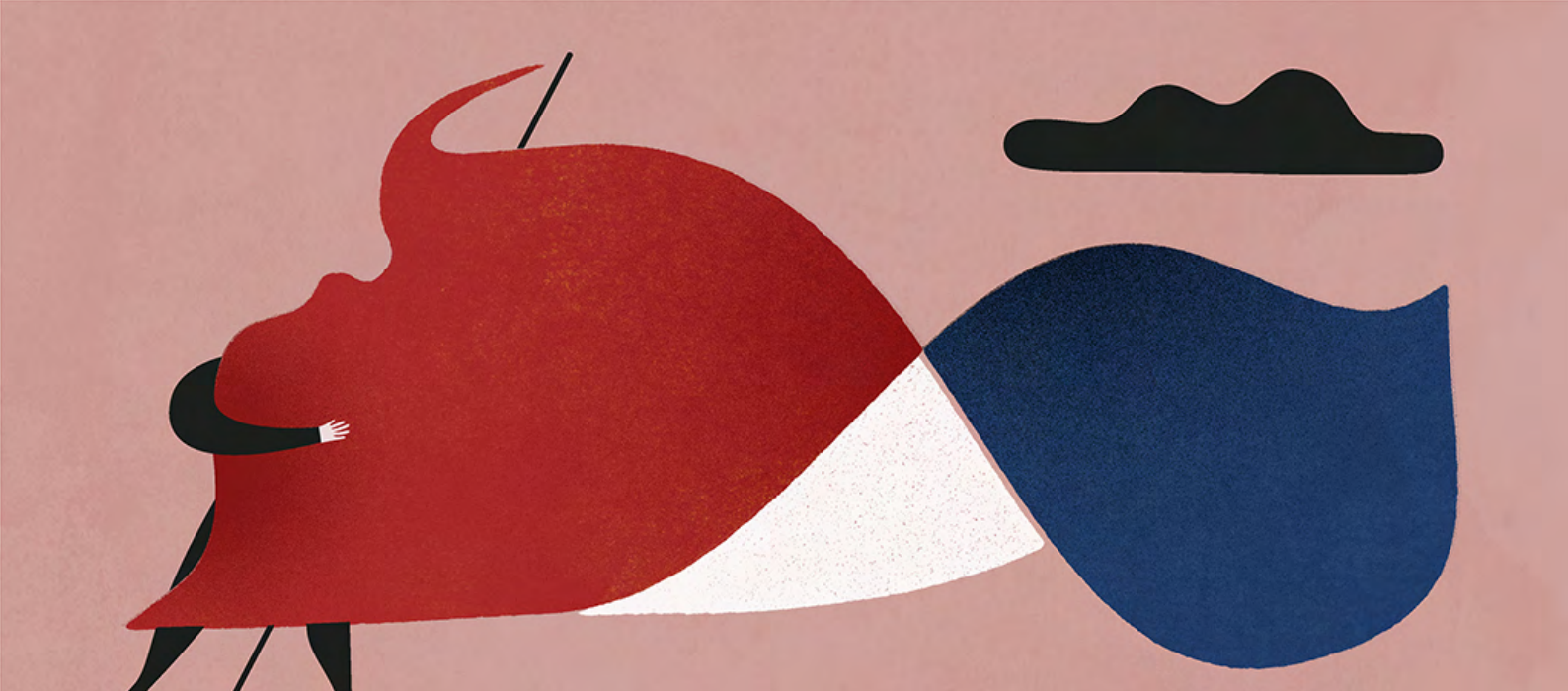
Die angekündigten Privatisierungspläne markieren ebenfalls den Rückzug des Staates. Sie betreffen nur eher marginale Unternehmen wie die Pariser Flughafengesellschaft ADP oder die Lotterie-Betreiberin La Française des Jeux und sollen der Finanzierung eines 10 Mrd. € schweren neuen staatlichen Investitionsfonds zur Förderung fortschrittlicher Technologien dienen. Dass die Regierung am traditionellen Staatsdirigismus festzuhalten gedenkt, unterstreicht auch eine neue Gesetzesvorlage, mit der die Liste von Unternehmen, die vor unliebsamen ausländischen Übernahmen geschützt werden sollen, erheblich verlängert werden soll. Zudem will man den Rückgriff auf «golden shares» des Staates bei Privatisierungen erleichtern. Schliesslich sollen Privatunternehmen dazu verpflichtet werden, sich nicht mehr aufs Gewinnstreben zu beschränken, sondern sich auch an der Transformation der Gesellschaft und der Verbesserung des Alltags zu

beteiligen, wie Wirtschaftsminister Bruno Le Maire unlängst ankündigte.

Von Staatsgläubigkeit sind auch Macrons Vorschläge für eine Reform der Euro-Zone geprägt. Er hält das französische Wirtschaftsmodell auch in dieser Beziehung für ein Vorbild, und die Forderung nach Konvergenz droht mit der Hoffnung verknüpft zu sein, dass Frankreichs Rivalen «französischer» werden. Am letzten Weltwirtschaftsreform in Davos äusserte Macron auch zuweilen Kapitalismuskritik und argwöhnte, dass die Jagd auf komparative Kostenvorteile im Welthandel in eine Spirale der Verelendung führe und ein neuer Sozialvertrag nötig sei, um «blinden Passagieren», die Feinde des Gemeingutes seien, das Handwerk zu legen. Das sagte Macron in Davos allerdings nur im auf Französisch vorgetragenen Teil seiner Ansprache, in den englischen Passagen gebärdete er sich dagegen als ausgeprägter Pro-Business-Politiker. Seinen sozial verbrämten Protektionismus trug Macron im letzten Jahr selbst innerhalb der EU zur Schau, als er sich vehement für eine Verschärfung der Richtlinie für aus anderen Mitgliedstaaten entsandte Arbeitnehmer starkmachte.

Fazit Szenario 2

Präsident Macron beschränkt sich auf sanfte Reformen, weil er das herkömmliche französische Wirtschaftsmodell, das von einem starken Staatsdirigismus geprägt ist, nicht ablösen, sondern retten und effizienter gestalten will. Dabei versucht er sich in Frankreich und im Ausland als Reformierender zu inszenieren.



Szenario 3

Wahrscheinlichkeit ● ● ●

Neuer Auftrieb für EU-feindliche Parteien

Macron wird seine ambitionierten Wahlversprechen maximal zögerlich umsetzen, was bei seinen Wählern für Unmut sorgt.

Die politischen Kräfte in Frankreich, die traditionell selbst kleine Reformen blockieren, nutzen unrealistische Ankündigungen oder eine schlechtere Konjunkturlage zur Mobilisierung.

Die anhaltenden Vorbehalte vieler Franzosen gegenüber den Institutionen der EU werden europakritische Parteien stärken.

Laut den monatlichen Meinungsumfragen des demoskopischen Instituts Ifop waren im April bloss noch 44% der Befragten mit dem Präsidenten Macron zufrieden, gegenüber einer Zustimmungsquote von über 60% in den ersten zwei Monaten nach den Präsidentschaftswahlen und von gut 50% Ende des letzten Jahres. Allerdings ist Macron immer noch weit populärer als seine zwei Vorgänger Nicolas Sarkozy und François Hollande, die zum selben Zeitpunkt der Amtszeit gerade noch von 36 beziehungsweise 25% der Befragten unterstützt wurden. Laut anderen Meinungsumfragen würde Macron zum heutigen Zeitpunkt ausserdem deutlich wiedergewählt. Demoskopen weisen zudem darauf hin, dass die meisten Bürger die Einschätzung teilen, dass der Staatschef das Ansehen Frankreichs in der Welt fördert und sich auch ernsthaft um die Einlösung seiner Reformversprechen bemüht. In der Auseinandersetzung Macrons mit den Eisenbahnern und den Staatsangestellten scheint überdies eine Mehrheit der Bürger den in der Tat nur behutsamen Reformkurs des Präsidenten zu unterstützen.

Der Wahlerfolg Macrons gegen die Ultranationalistin Marine Le Pen wurde als grosser Triumph für die EU gefeiert. Es wäre jedoch tollkühn, anzunehmen, dass in Frankreich die verbissenen Globalisierungsgegner und die Feinde der EU sowie von deren Währungsunion bereits jetzt eine endgültige Niederlage erlitten hätten. Eine Warnung müsste der Ausgang der jüngsten Parlamentswahlen in Italien sein. Auch der bei den Wählern in Ungnade gefallene frühere Ministerpräsident Matteo Renzi galt einst als jungdynamischer Reformler und positive Kraft für die EU. Die Strukturprobleme der beiden Länder sind zwar nur bedingt vergleichbar, doch wird am Ende seiner fünfjährigen Amtszeit auch Macrons Erfolg davon abhängen, ob er sichtbare Erfolge vorweisen und den oft vernehmbaren Vorwurf widerlegen kann, er kümmere sich bloss um die Interessen der Reichen.

Für Macron besteht das Risiko, dass er mit seinen wenig massvollen Versprechen viel zu grosse Erwartungen geweckt hat. Zudem ist unsicher, ob der Konjunkturaufschwung bis Anfang 2022, wenn die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden, anhalten wird. Unrealistisch dürften auch die etatistischen Vorstellungen Macrons im Hinblick auf eine Reform der Euro-Zone sein. Das würde wiederum seine Argumentation durchkreuzen, dass Frankreich auch finanziell stark von der EU profitieren könne. Die Vorbehalte gegenüber der EU dürften in Frankreich weiterhin stark verbreitet sein. Zur Erinnerung: 2005 hatten die Bürger in einem Referendum bereits einmal die europäische Verfassung abgelehnt und die politischen Eliten des Landes schwer desavouiert.

Zu denken gibt auch, dass in der ersten Runde der letztjährigen Präsidentschaftswahlen 55% der Wähler für markt- und Euro-feindliche Kandidaten stimmten. Das mag auch erklären, weshalb Macrons bisherige Reformen weit sanfter ausfielen, als es die Rhetorik des Präsidenten und die seiner Widersacher hatten vermuten lassen. Doch die Vorbehalte gegenüber der EU sind nicht nur wirtschaftlicher Art; das Ansehen der EU hat in Frankreich etwa auch wegen der Flüchtlingskrise und im Zusammenhang mit dem sich ausbreitenden Terrorismus stark gelitten.

Bisher kam Macron jedoch entgegen, dass er in der Nationalversammlung mit seiner eigenen, ganz auf ihn zugeschnittenen Partei über eine solide absolute Mehrheit verfügt und die gegnerischen Kräfte weiterhin stark zersplittert sind. Die Oppositionsparteien leiden seit ihrer katastrophalen Niederlage in den letztjährigen Parlamentswahlen unter einer schwerwiegenden Führungs- und Orientierungslosigkeit, und auch die Front der Gewerkschaften wirkt recht brüchig. Allerdings hat auch der letzte Wahlkampf gezeigt, dass sich in Frankreich die Dinge rasch und auf völlig überraschende Weise ändern können.

Fazit Szenario 3

Präsident Macron erfreut sich derzeit einer vergleichsweise grossen Popularität. Er hat jedoch noch vier weitere Amtsjahre vor sich, in denen er ähnlich kläglich scheitern könnte wie der einst nicht minder als Reformler und EU-Stütze gefeierte italienische Regierungschef Matteo Renzi.

Was heisst das für Schweizer Unternehmen?

Frankreich ist nach Angaben des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten der viertwichtigste Handelspartner der Schweiz, hinter Deutschland, den USA und Italien. Aus der Sicht Frankreichs war die Schweiz 2015 der neuntgrösste Kunde wie auch Lieferant. Das Handelsvolumen wuchs bis 2008 kontinuierlich an, verzeichnete in den letzten Jahren jedoch einen leichten Rückgang. Im Jahr 2016 lag es bei etwa 27 Mrd. Fr. mit einem Handelsbilanzüberschuss für die Schweiz in der Höhe von 580 Mio. Fr. Die Schweizer Direktinvestitionen in Frankreich beliefen sich Ende 2015 auf 47,1 Mrd. Fr., jene der Franzosen in der Eidgenossenschaft auf 40,3 Mrd. Fr. Über 160 000 französische Grenzgänger arbeiten in der Schweiz. Zwischen den beiden Ländern besteht eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation.

Eingedenk seiner Haltung gegenüber Grossbritannien nach dem Brexit-Entscheid und seiner Befürwortung einer stärkeren Integration der Euro-Zone dürfte Präsident Macron gegenüber der Schweiz und deren Sonderrolle in Europa kaum mehr Verständnis aufbringen als sein Vorgänger Hollande. Macron kennt die Schweiz und deren System eher schlecht, auch wenn er als Investmentbanker einst den Nestlé-Chef Peter Brabeck beraten hat. Er lobte die Schweiz im Wahlkampf zwar als «offene Wirtschaft, die wir brauchen», doch er räumte auch ein, dass die beiden Länder schwierig zu vergleichen seien. Macron dürfte sich bei seinen Reformen auch weniger an der ziemlich liberalen Schweiz, sondern eher an nordeuropäischen Ländern orientieren, die ihrerseits eine hohe Staatsquote aufweisen.

Präsident Macron macht geltend, dass sein Land dank ihm wieder eine attraktive Destination nicht zuletzt auch für Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen geworden sei. Befragungen ausländi-

scher Manager weisen überdies auf eine positivere Beurteilung Frankreichs hin. Zu den Trümpfen zählen hiesige Behördenvertreter etwa die erhöhte Rechtsicherheit bei Entlassungen. Ausländische Konzerne dürfen neu bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Frankreich Mitarbeiter entlassen, auch wenn es ihnen gruppenweit gutgeht. Die neuen Förderprogramme für Zukunftstechnologien werden ebenso als Attraktion gepriesen. Ob Entlassungen wesentlich einfacher geworden sind, bleibt indes umstritten und ist noch ungenügend erprobt. Fraglich ist auch, ob Frankreich im Standortwettbewerb wirklich schon besser abschneidet.

Dass Frankreichs Wirtschaftspolitik gegenüber ausländischen Unternehmen nicht wirklich offener geworden und weiterhin stark patriotisch geprägt ist, unterstreicht auch der Umstand, dass sich die Regierung in Paris im letzten Jahr explizit gegen eine Übernahme des Kosmetikkonzerns L'Oréal durch Nestlé wandte, als darüber an der Börse spekuliert wurde.

2017 erlitt das Land im Vergleich mit anderen EU-Staaten im Aussenhandel weitere Marktanteilsverluste, und es ist auch zu betonen, dass die meisten Reformschritte gerade erst unternommen worden sind und deshalb kaum schon Spuren hinterlassen haben können. Die Unternehmenssteuern und ausgewählte Sozialabgaben sollen zudem in der Regel nur schrittweise den Durchschnittsniveaus in der EU angenähert werden. Noch während einiger Jahre werden sich ausländische Unternehmen auch einem akuten Fachkräftemangel gegenübersehen. Die Reform des völlig unzureichenden Lehrlingswesens und generell der beruflichen Ausbildung ist erst jüngst angestossen worden. Schweizer Unternehmen ist ein behutsames Vorgehen zu raten in einem Land, das weiterhin einen enormen Reformstau aufweist.

Zum Schluss: Drei Dinge, die Sie nicht vergessen dürfen

1

Die Reformen von Präsident Macron sind weit sanfter angegangen worden, als er selber und viele seiner Widersacher behaupteten.

2

Eine Abkehr vom traditionell starken Etatismus ist nicht zu erwarten. Stattdessen wird Frankreich im europäischen Vergleich auf längere Sicht ein Hochsteuerland bleiben.

3

Macron hat zwar Marine Le Pen bezwungen, doch noch längst nicht die EU-Skepsis in Frankreich.

Facts & Figures



Frankreich (Paris)

Fläche	549000 km ²
Bevölkerung (Mio.)	66,73
BIP (Mrd. \$)	2461,5
BIP pro Kopf (\$, kaufkraftbereinigt)	40969
BIP-Wachstum (%)	1,2
Inflation (%)	0,31
Arbeitslosigkeit (%)	10,2
Leistungsbilanz (%)	-1,09
Direktinvestitionen (Mrd. \$)	772,0
Direktinvestitionen in % vom BIP	1,72



NZZ-Infografik/pma.

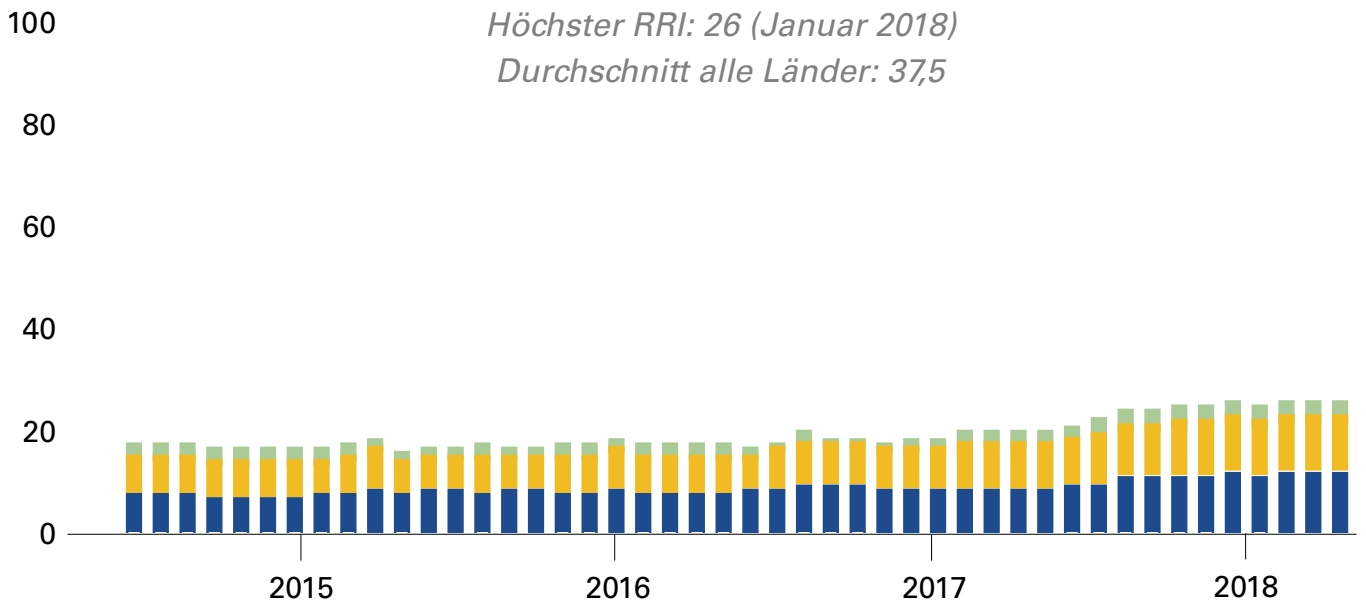
Reputationsrisiken Frankreich

RepRisk-Index

■ Umwelt

■ Soziales

■ Governance



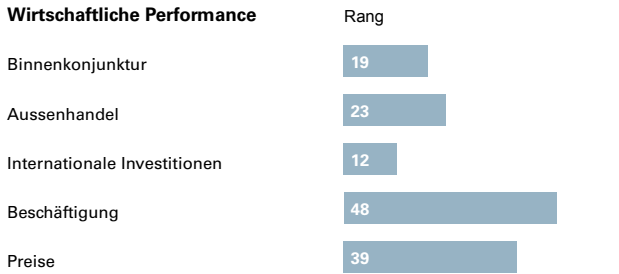
NZZ-Infografik/Pma.

Facts & Figures

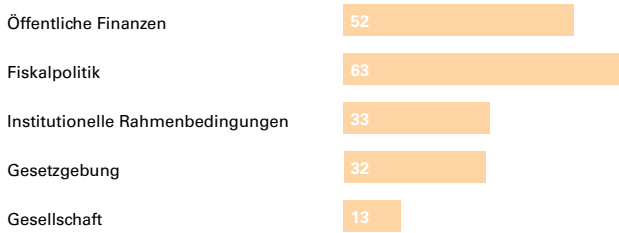
Wettbewerbsfähigkeit Frankreich

Ranking

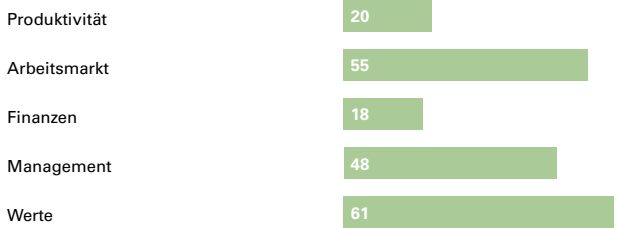
Wirtschaftliche Performance



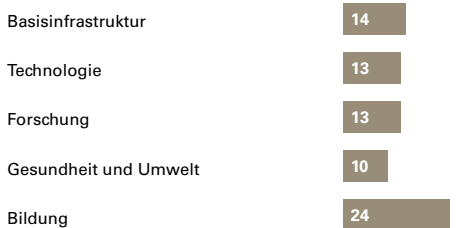
Effizienz der Regierung



Unternehmenseffizienz



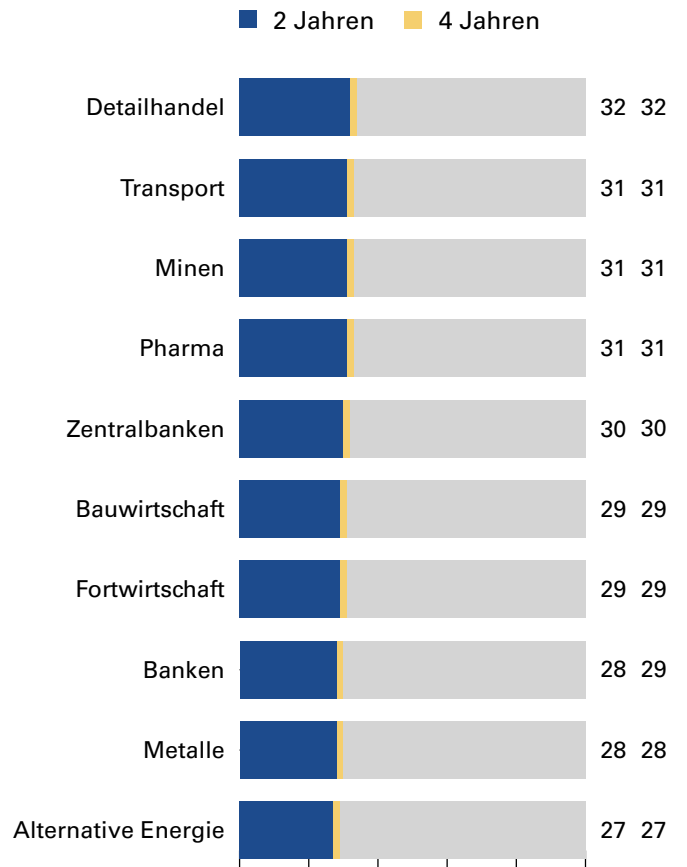
Infrastruktur



NZZ-Infografik/Pma.

In welchen französischen Branchen schlummern die grössten Reputationsrisiken?

Höchster RepRisk-Index-Wert (0–100) in den vergangenen



NZZ-Infografik/Pma.

«NZZ Global Risk»: Das Weltgeschehen in Szenarien

Neue Zürcher Zeitung

Profitieren Sie vom globalen Wissen des weltweiten Korrespondentennetzes der «Neuen Zürcher Zeitung». Jede Woche analysieren die NZZ-Korrespondenten die geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in den wichtigsten Regionen der Welt. Diese exklusiven Inhalte ermöglichen einen Wissensvorsprung, der auch für Ihren Erfolg entscheidend sein kann.

Schreiben Sie uns Ihr Feedback: globalrisk@nzz.ch

Redaktionsleitung: Lukas Sustala Illustrationen: Karsten Petrat Copyright: NZZ Mediengruppe Mai 2018